

Deutscher Bankangestellten-Verband

Der **Deutsche Bankangestellten-Verband** (DBV) ist eine verbandsunabhängige Gewerkschaft für Angestellte von Finanzdienstleistern mit Sitz in Düsseldorf. Er hat 20.400 Mitglieder und ist damit die zweitgrößte Gewerkschaft in der Bankenbranche. Der DBV versteht sich als unabhängige Alternative zu den DGB-Gewerkschaften. Er ist Tarifpartner des privaten Bankgewerbes, der Genossenschaftsbanken, des privaten Versicherungsgewerbes und in zahlreichen Haustarifen. Er wurde 1894 in Magdeburg durch 56 Angestellte des privaten Bankgewerbes als Deutscher Bankbeamten-Verein gegründet. Bis heute sind die meisten Mitglieder des DBV im Bankgewerbe beschäftigt.

Geschichte

Während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik war der DBV die größte Gewerkschaft im Bankensektor, der Organisationsgrad betrug 80–90 % der Angestellten. Er war maßgeblich an der Gründung des Versorgungswerkes des Bankgewerbes, des BVV, im Jahre 1909 beteiligt und ist bis heute Mitglied in der Versorgungskasse und im Aufsichtsrat der Kasse vertreten. 1920 erreichte der DBV den Abschluss des ersten Reichstarifvertrags für das Bankgewerbe durch langwierige, landesweite Streiks. Im selben Jahr erfolgte die Übernahme des konkurrierenden Vereins der Bankbeamten.

1919 wurden erstmalig Frauen Mitglieder des DBV. Zu diesem Zeitpunkt waren nur rund 10 % der Bankbeschäftigten weiblich, ein Verhältnis, das sich dramatisch verändern sollte. Die Tatsache, dass Frauen Mitglied werden durften, war zu diesem Zeitpunkt zumindest im Bankengewerbe noch revolutionär. Seitens anderer Angestelltengewerkschaften wurden Frauen in dieser Zeit noch als „Schmutzkonkurrenz“ bezeichnet, ein Ausdruck, mit dem man deutlich machen wollte, dass Frauen nur als Reinigungskräfte taugen sollten. Es kam sogar zur Gründung des „Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation“.

Nach Überwindung der Hyperinflation 1923 gingen die Beschäftigtenzahlen im Bankengewerbe massiv zurück, dies spürte auch der DBV durch Mitgliederschwund. Zu einer Stabilisierung kam es in der Folge erst 1932, da auch die Weltwirtschaftskrise, die 1928 einsetzte, die Bankenlandschaft in Mitleidenschaft zog. Die Früchte konnten allerdings nicht mehr geerntet werden: Im Jahre 1933 wurde der langjährige Vorsitzende (Vorstandsmitglied seit 1903), Max Fürstenberg (1872–1934), in einer kurzfristig anberaumten Vorstandssitzung abgesetzt und der DBV gleichgeschaltet. Das Vermögen von zu dieser Zeit rund 1 Million Reichsmark wurde eingezogen. Der DBV ging auf dem Umweg über den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband schließlich in der Deutschen Arbeitsfront (DAF) auf.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt neben den DGB-Gewerkschaften vorerst nur die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft DAG eine Zulassung. Der DBV konnte sich erst am 16. Dezember 1952 wieder gründen und schaffte es vorerst nicht, an Vorkriegserfolge im Bankengewerbe anzuknüpfen. Gegen den Trend konnten jedoch bereits in diesen frühen Jahren im Westbereich (Düsseldorf und Köln), in München und im Raum Hannover wieder zahlreiche Mitglieder gewonnen werden. 1970 benannte sich der DBV in Deutscher Bankangestelltenverband um.

In den 1970er und 1980er Jahren wurde seitens der DGB-Gewerkschaften verstärkt versucht, kleinere Gewerkschaften die Gewerkschaftseigenschaft und damit die Tariffähigkeit durch Gerichtsentscheid abzusprechen. Auch gegen den DBV wurde 1981 eine entsprechende Klage

durch die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) eingereicht, 1989 stellte jedoch das Landesarbeitsgericht Düsseldorf letztinstanzlich die Gewerkschaftseigenschaft des DBV abschließend fest.

1994 feierte der DBV im Rahmen einer Hauptversammlung sein 100-jähriges Bestehen am Gründungsort Magdeburg, und benannte sich in der Folge in DBV – Gewerkschaft der Finanzdienstleister (2002) um. Damit trug der DBV dem Allfinanzkonzept verschiedener Banken und Versicherungen Rechnung, das auch zur Übernahme der Dresdner Bank durch die Allianz geführt hätte. Auch viele Banken hatten sich zu Beginn der 1990er Jahre durch den Zukauf von Versicherungen verstärkt. Bestärkt wurde der DBV in seiner Strategie durch den Trend in den Großbanken, Abteilungen und Servicebereiche in selbständige Serviceunternehmen auszugliedern, die ohne Banklizenz tätig sein können.

Der Beitritt der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) 2001 zu Ver.di führte zu etlichen Übertritten von Mitgliedern und ehrenamtlichen Funktionären (Betriebsräte und Aufsichtsräte) in den DBV. Neben dieser Beitrittswelle in den Jahren 2001 und 2002 wächst der DBV kontinuierlich, trotz rückläufiger Beschäftigung im Kernbereich Bankenbranche. Der DBV ist in allen größeren Banken und Versicherungen durch Mitglieder vertreten. Der Organisationsgrad ist jedoch (wie bei allen anderen Gewerkschaften der Branche) nach wie vor gering, liegt in einigen Häusern jedoch auch bei 30 – 40 % der Beschäftigten. In den Großbanken ist der DBV insbesondere bei den Mitarbeitern der Deutschen Bank und der HypoVereinsbank stark vertreten, in diesen Häusern stellt er auch die Mehrzahl der Gewerkschaftsmandate in den Aufsichtsräten. Im Bankhaus Sal. Oppenheim Köln, sowie in der Citibank wurden bei den letzten Aufsichtsratswahlen 2005/2006 sogar alle Arbeitnehmer-Aufsichtsratsmandate durch DBV-Kandidaten errungen. Weitere Schwerpunkte sind die BHF-Bank, Berliner Volksbank, einige Tochterunternehmen der Postbank (BCB Gesellschaften), die Deutsche Apotheker- und Ärztebank und andere, aber auch Allianz-Group und sogar der Bankensoftwarehersteller SAP.

Verbandsmitgliedschaften

Der DBV – Gewerkschaft der Finanzdienstleister, ist verbandsunabhängig. Er arbeitet jedoch in einem losen Verbund, dem Arbeitskreis Leistungsträger, unter anderem mit dem Marburger Bund und der Piloten-Vereinigung Cockpit zusammen.

Zwischen 1919 und 1923 gehörte der DBV – Gewerkschaft der Finanzdienstleister dem DGB (Dachverband der christlichen Gewerkschaften während der Weimarer Republik) sowie dem Gesamtverband der Deutschen Angestelltengewerkschaften (Gedag) als Gründungsmitglied an. Insbesondere mit dem Gedag kam es aufgrund einer immer deutlicher hervortretenden völkischen, antisemitischen und frauenfeindlichen Ausrichtung des Gedag jedoch schnell zu Spannungen, die im Jahre 1923 zum Austritt des DBV führten. Die Gewerkschaft schloss sich in der Folge dem linksliberal orientierten Gewerkschaftsring deutscher Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände an (selbst Mitglied der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine) und galt insbesondere den aufkommenden Nationalsozialisten von da an als „verjudet“. Bei der Auflösung des DBV 1933 zu Gunsten des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes spielten wohl auch alte Rechnungen eine Rolle, der gesamte ehemalige Vorstand des DBV wurde jedenfalls kurzfristig aus der neuen Organisation ausgeschlossen.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen hat der DBV bei seiner Neugründung jede Mitgliedschaft in einem Verband oder Gewerkschaftsbund vermieden.

Der Streit um die richtige Gewerkschaftspolitik

Die Strategie des DBV – Gewerkschaft der Finanzdienstleister steht häufig im Widerspruch zur Strategie von Ver.di. Während Ver.di dem DBV – Gewerkschaft der Finanzdienstleister vorhält, durch eigenständige Verhandlungspositionen die Arbeitnehmerseite in Tarifverhandlungen zu schwächen, und durch fehlende Beteiligung an sozialpolitischen Diskussionen Chancen zu vergeben, vertritt der DBV die Ansicht, dass nur in Pluralismus und Gewerkschaftsvielfalt die Lösung der aktuellen Gewerkschaftskrise liegt. Die Aufgabe einer Gewerkschaft liege nicht – so der DBV – darin, z.B. Steuerkonzepte zu entwickeln und sich zu sozialpolitischen Themen zu äußern. Allenfalls wenn tarifpolitische Themen der Betriebsverfassung betroffen seien, dürfe sich eine Gewerkschaft politisch zu Wort melden.

Im Jahre 2006 kam es mit Ver.di zu heftigen Auseinandersetzungen, als der DBV im Rahmen von Haustarifverhandlungen für drei Tochtergesellschaften der Deutschen Bank Haustarifverträge abschloss, die unter anderem regelmäßige Wochenarbeitszeiten von 42 Stunden vorsieht. Ver.di schließt Wochenarbeitszeiten oberhalb von 40 Stunden aus, und griff den DBV nach den Separatabschlüssen heftig an. Seitens des DBV wird darauf hingewiesen, dass die Verlagerung der Tätigkeiten ins osteuropäische Ausland (Bratislava) bereits beschlossen gewesen sei, und nur auf diesem Weg eine sozialverträgliche Kostenreduzierung hätte dargestellt werden können. Unter anderem sei nur so die vom DBV als unabdingbar angesehene Mindestlohngrenze von 7,50 Euro pro Stunde zu halten gewesen. 2007 erfolgten jedoch wieder eine Reihe von gemeinsamen Haustarifverhandlungen mit Ver.di.

Weiteren Zündstoff bot die von der Deutschen Bank neu erworbene Norisbank GmbH, für die in einer Verhandlungsgemeinschaft ein gemeinsamer Haustarifvertrag vereinbart werden sollte. Diese gemeinsamen Tarifverhandlungen kamen jedoch zu keinem Abschluss, da sich in den Verhandlungen wiederum deutlich die unterschiedlichen Ansätze zeigten. Während für Ver.di Mindestabsicherung/Grundgehalt im Vordergrund der Verhandlungen standen, hatte für den DBV die Ausgestaltung des Variablen Vergütungsanteils höhere Bedeutung. Zum 1. September 2007 trat ein alleine mit dem DBV vereinbarter Tarifvertrag für die Norisbank in Kraft, während die Arbeitgeberseite die Verhandlungen mit Ver.di einseitig für beendet erklärte.

Zu einem erneuten Tiefpunkt in den Beziehungen der beiden Gewerkschaften kam es, als am 5. Juni 2008 unter Federführung des DBV unter Einbeziehung des DHV - Die Berufsgewerkschaft, aber ohne Beteiligung von ver.di nach zweijähriger tarifloser Zeit ein neuer Flächentarifvertrag für die Genossenschaftsbanken (zu diesem Zeitpunkt circa 170.000 Mitarbeiter) zustande kam. Kernpunkt der Tarifeinigung war neben einer Gehaltserhöhung, die seitens des Arbeitgeberverbandes AVR mit 9,3 % (4,3 % für die Zeit seit 2006, rund 5 % für die Zeit bis 2010) beziffert wurde, die Öffnung für betriebliche Regelungen für eine leistungs- und erfolgsbezogene Vergütung auf freiwilliger Basis, die zwischen 8 % und 14 % der Gesamtjahresvergütung betragen kann.

Wie sieht sich der DBV – Gewerkschaft der Finanzdienstleister selbst?

Der DBV ist rechtlich eine Gewerkschaft, vom Selbstverständnis her aber der Berufsverband der Mitarbeiter aller Banken und Finanzdienstleister zur Vertretung ihrer Interessen.

Der DBV will dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer der Banken und Finanzdienstleister einen gerechten Anteil an der Wirtschaftsleistung ihrer Arbeitgeber erhalten. Er will den Geist freundschaftlicher Teamarbeit unter allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der einzelnen Banken und Finanzdienstleister erhalten und fördern. Weiter will er aktiv dazu beitragen, dass die Banken und Finanzdienstleister seiner Mitglieder als Lebensgrundlage den größtmöglichen Erfolg für alle erzielen, ohne dass dabei das Wohlergehen und die Anliegen der Belegschaften mehr als nach den Umständen unvermeidbar beeinträchtigt werden.

Der DBV verfolgt das Ziel, bei seinen Mitgliedern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Banken und Finanzdienstleister Interesse an allen Angelegenheiten der betrieblichen Mitbestimmung wecken und die Teilnahme fördern. Er will einsatzfreudige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Banken und Finanzdienstleister dazu bewegen, in den Gremien der betrieblichen Mitbestimmung der Belegschaft und dem Unternehmen zu dienen, ohne aus diesen Ämtern persönlichen Nutzen zu erstreben.

Ziel ist, Tatkraft, Entscheidungsfreudigkeit, Ideenreichtum und Zivilcourage in allen Bereichen zu entwickeln und fördern. Die freiheitliche und demokratische Grundordnung der deutschen Gesellschaft soll auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft vertreten werden. In diesem Zusammenhang soll Missbrauch aller Einrichtungen und Rechte der betrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer, insbesondere zur Erreichung von betriebsfremden und/oder politischen Zielen, durch die Aktivitäten des DBV verhindert werden. Der DBV will, dass die Arbeitnehmer ihren gerechten Anteil an der Wirtschaftsleistung ihres Unternehmens erhalten und von den Arbeitgebern mit der gleichen Aufmerksamkeit und Fürsorge behandelt werden, wie die Kapitaleigner.

Die allgemeine Politik überlässt der DBV den Politikern. Er ist politisch neutral und für jedermann offen, der seine Ziele billigt.

Vorstand

Bundesvorsitzende: Karin Ruck

Stellvertretende Bundesvorsitzende: Heinz Buff, Stephan Szukalski

Weitere Vorstandsmitglieder: Waltraut Braune, Sigrid Betzen (Bundesgeschäftsführerin), Giulio Gambino, Norbert Hinke

Regionalverbände

Der DBV – Gewerkschaft der Finanzdienstleister gliedert sich derzeit in 6 Regionalverbände:

- Regionalverband Nord, West, Mitte, Ost, Süd und Süd-West